

DIE ZEIT

04/2003

Zupacken, zahlen, zittern

Im brandenburgischen Frankfurt/Oder hofft man seit zwei Jahren auf eine Chipfabrik. Ein Lehrstück über verhängnisvolle Großprojekte

Von Karin Leppin

Das Rezept für gescheiterte Großprojekte ist im Prinzip recht simpel. Man nehme: eine Geschäftsidee, die mindestens 1000 Arbeitsplätze bringt. Man platziere dieses Projekt in einen Ort, in dem es viele Arbeitslose gibt. Kündige hochkarätige Geldgeber an, finde einen Landespolitiker, der das Projekt frühzeitig zur „Chefsache“ erklärt und damit die Verantwortung trägt. Hernach kann der sich als Held der Region feiern lassen und später die Koffer packen, wenn es schief geht. Zuvor läuft aber noch das Schwarzer-Peter-Spiel. Der Politiker sitzt auf seinen Zusagen, will sie – aus Angst vor den enttäuschten Hoffnungen – einhalten. Mit Fördergeldern, versteht sich. Denn die Sache muss gelingen, um jeden Preis.

In Brandenburg, so scheint es, soll sich das nun ändern. Nach mehr als 600 Millionen Euro Steuergeldern für „Leuchtturmprojekte“ wie Cargo-Lifter oder Lausitzring, die eigentlich eine Ausstrahlung auf die gesamte Region haben sollten und doch nur kurz aufblinkten, will man künftig schlauer agieren. Die Abgeordneten im Landesparlament versicherten sich das jedenfalls an einem kalten Sitzungstag im Dezember: Man müsse künftig dreimal mehr überlegen, ob der erste Schritt zur Unterstützung gemacht werde, sagt Heiko Müller von der SPD: „Die Erfahrung zeigt, dass ein Umsteuern zu einem späteren Zeitpunkt annähernd unmöglich wird.“ Sein CDU-Kollege Christian Ehler pflichtet ihm bei: „Je größer die Hoffnung, je exotischer die internationalen Partner, je klangvoller die internationalen Konkurrenten, desto nüchterner und seriöser muss der Umgang mit Zahlen sein.“ – „Sehr richtig“, so der Beifall aus den Reihen der Opposition. Die Zuschauer hinten im Sitzungssaal verziehen zweifelnd die Gesichter – solche Sätze hören sie nicht zum ersten Mal.

In der aktuellen Stunde im Landtag ging es weder um den insolventen Cargo-Lifter noch um den Lausitzring. Es ging um ein Projekt, das noch immer läuft: eine Chipfabrik in Frankfurt/Oder. Die größte Investition in den neuen Bundesländern, brüstet man sich unisono. 1,3 Milliarden Dollar sollen in den Bau einer Fabrik für Mikrochips fließen, die im dortigen Institut für Halbleiterphysik (IHP) entwickelt wurden. Da sie besonders stromsparend

sind, könnten sie eines Tages in mobilen Telefonen und Computern eingesetzt werden und deren Akkus entlasten.

Durch den Verkauf von Lizenzen für diesen Chip hätte das Institut unter Chef Abbas Ourmazd Millionen verdienen können. Doch der iranisch-amerikanische Wissenschaftler wollte mehr. Seine Vision: Der Mehrwert aus der Produktion des Chips soll nicht in Asien oder Amerika verdient werden, sondern in der Region bleiben. Für die Menschen vor Ort sei mehr drin als ein paar Millionen Euro. Innerhalb von zehn Jahren könnte Frankfurt zu den „wichtigsten Hochtechnologie-Standorten der Welt“ zählen.

Schon zu DDR-Zeiten war die Stadt ein Standort für Mikroelektronik. 8000 Menschen aus Frankfurt arbeiteten im dortigen Halbleiterwerk. Deshalb leben hier viele gut ausgebildete Arbeitnehmer, auf die man zurückgreifen könnte. Die meisten von ihnen sind seit dem Zusammenbruch des Kombines arbeitslos. Nur knapp 400 Arbeitsplätze im Bereich Mikroelektronik gebe es heute, erklärt Christoph Scheuplein, Wissenschaftler an der Frankfurter Viadrina-Universität, der sich seit Jahren mit dem Projekt und dem Standort Frankfurt beschäftigt. Insgesamt 17 Prozent der Menschen im Raum Frankfurt sind arbeitslos.

Eine Chipfabrik für Frankfurt! Sehr löblich, befanden die Politiker und riefen im Februar 2001 die Geburt des „Oder-Valley“ aus. Ourmazd wurde zum „Helden von Frankfurt“, Retter der Stadt, der Region, ja des ganzen Landes. Zumal sein Konzept bereits einmal Erfolg hatte: Motorola hatte schon zwei Jahre zuvor einen Kooperationsvertrag unterschrieben und in gemeinsame Forschungen investiert. Der Überschwang in Frankfurt/Oder kennt zunächst keine Grenzen.

Es war ein guter Tag für Brandenburg. Mit Freibier für alle im Gasthaus Oderaner und einer Sonderausgabe der Lokalzeitung. Die Weltkonjunktur boomte. Schon zwei Monate später beginnt das Arbeitsamt mit „Qualifizierungsmaßnahmen“ für die künftigen Mitarbeiter, die sich zu Tausenden bewerben. Dabei ist bislang noch kein Geld geflossen.

Die Finanzierung sei sicher, heißt es immer wieder aus dem Wirtschaftsministerium. Zweifel anderer Ministerien werden von Wirtschaftsminister Wolfgang Fürniß (CDU) abgebügelt. Für den Betrieb der Fabrik wird die Firma Communicant Semiconductor Technologies AG gegründet. Anfang 2003 soll der Chip in Serie gehen. Wichtigster Investor für die „Foundry“, eine Zuliefer-Fabrik für die Industrie nach asiatischem Vorbild, ist die Dubai Airport Freezone Authority (Dafza), die der Regierung des Arabischen Emirates gehört. 250 Millionen Dollar werde die Dafza bereitstellen, unter der Bedingung, dass bei Erfolg der Frankfurter Fabrik eine zweite Fertigung in der Wüste entsteht, gibt der Wirtschaftsminister nach einigen Dienstreisen stolz bekannt.

Weitere 40 Millionen kommen vom US-Chiphersteller Intel – und fließen seitdem, wie inzwischen bekannt wurde, sukzessive dorthin zurück. Für Lizenzen aus der Prozesstechnik und Chipherstellung von Intel, begründet Communicant-Chef Ourmazd, ein üblicher Deal. Die Verträge erlauben es Intel, die IHP-Technologie zu nutzen, die eigene lässt sich der US-Konzern bezahlen. Motorola zog sich angesichts des Engagements seines Konkurrenten zurück. Der Rest des Geldes soll mit Fördermitteln der EU und durch Bankkredite finanziert werden.

Als sich mehr als ein Jahr später, im März 2002, abzeichnet, dass die Geldsuche schwierig wird, beteiligt sich die landeseigene Brandenburgische Investitions- und Landesbank (ILB) mit 38 Millionen Dollar. Keine Gegenstimme im Landtag. Erst im Oktober 2002 sagt die EU die beantragte Fördersumme von 371 Millionen Euro zu. Bleibt eine Lücke von 650 Millionen Euro. Bis heute.

Zunächst kümmert sich die Deutsche Bank darum, gibt aber auf. Die Commerzbank und die Gulf International Bank aus Bahrain übernehmen diesen Job. Inzwischen wird bereits gebaut. Neue Straßen entstehen und eine Betonplatte, stolze 1,5 Meter dick und damit, laut Eigenwerbung von Communicant, „wohl einmalig“ in Deutschland.

Noch bevor klar ist, ob die EU-Förderung auch tatsächlich kommt, wird im August 2002, kurz vor der Bundestagswahl, die offizielle Grundsteinlegung gefeiert. Inzwischen ist der geplante Produktionsbeginn auf 2004 verschoben. Heute gehen die Akteure von Anfang 2005 aus. Seit Oktober ruht der Bau. Unruhe macht sich breit. Wie lange wird der Technologie-Vorsprung halten? Warum will kein weiterer privater Investor Geld geben, wenn die Technik doch so gut ist? Weltmarkt, Krise, Einbruch bei der Chipproduktion und im Mobilfunk-Markt, kommentieren Communicant und Politiker. Man stehe im Übrigen kurz vor dem Durchbruch. Immer wieder. Immer noch.

Es fehlen 650 Millionen Euro

Dann der politische Eklat: Im November wird bekannt, dass sich Wirtschaftsminister Fürniß als Privatmann 1 Million Euro von einem Scheich aus den Vereinigten Emiraten geliehen hatte. Zwar nicht aus Dubai, sondern aus dem Emirat Schardscha. Doch der Bestechungsverdacht liegt nahe und wird von der Staatsanwaltschaft geprüft. Auch wenn deren Untersuchung keinen Zusammenhang mit dem Projekt Chipfabrik erbringt, tritt Fürniß zurück, und Ulrich Junghanns (CDU), selbst aus Frankfurt/Oder, übernimmt sein Amt.

Kaum einen Monat nach seiner Ernennung spricht dieser in der Landtagsdebatte ganz so, als sei er von Anfang an dabei gewesen. Gerade sei er aus Dubai zurückgekehrt und habe sich dort vorgestellt und gute Gespräche geführt. Nichts, versichert er, habe sich durch den

Ministerwechsel geändert. Junghanns sei ein „sehr, sehr netter Mensch“, wird Mohammed Ali Al Zarouni, der Chef der Dafza und Mitglied im Aufsichtsrat der Communicant AG, am nächsten Tag sagen.

Doch noch immer fehlen 650 Millionen Euro für den Bau der Chipfabrik. Sie müssen aus privaten Mitteln kommen, denn Land und EU haben ihre Möglichkeiten ausgeschöpft. Handeln müssten jetzt Communicant und die Banken, sagt der Minister. Auch sie sitzen gerade zusammen und beraten. Im anderen Frankfurt. Da, wo das Geld ist.

Der Ton im Landtag wird härter. Man will unabhängige Gutachten und neue Marktstudien, gleich im Januar. Und transparentere Zusammenarbeit, mehr Informationen von Communicant. Ourmazd und die Banken seien in der Pflicht. Minister Junghanns und Ministerpräsident Mathias Platzeck (SPD) fordern im Landtag den baldigen *financial close*, das Schließen der Finanzierungslücke. So, wie sie es betonen, klingt es manchmal wie Kloß. „Was ist denn mit den Banken los, dass sie so ein lukratives Vorhaben ausschlagen?“, fragt Junghanns. Immerhin seien Kredite, die mit Bürgschaften abgesichert sind, kein sehr großes Risiko, findet er. Zweifel schwingen da mit. Abends im Fernseh-Interview wird er deutlicher: Die Wahrscheinlichkeit, dass die Fabrik komme, sehe er bei etwa 50 Prozent. Man werde aber am Kurs festhalten. Das hat er auch den Parlamentariern versichert; wie alle anderen im Plenum, die sich an diesem Tag zum Projekt äußern: mit fester Stimme im Konjunktiv.

Das Land habe zu wenig Einfluss auf das Projekt, lautet inzwischen ein Vorwurf. Tatsächlich hat es keinen Vertreter im Aufsichtsrat. Und die Verträge, auf die man sich eingelassen habe, ließen einen Ausverkauf des landeseigenen Institutes IHP zu. Häppchenweise werden weitere Fakten bekannt. Zum Beispiel, dass Intel bald mit IHP-Technologie produzieren werde. Die Amerikaner bedienen ein ganz anderes Marktsegment, versichert Junghanns. Die Abgeordneten müssen sich auf das Wort von Ourmazd und auf ein technisches Gutachten verlassen, das sie nicht verstehen.

Communicant ist am Zug im Spiel um den Schwarzen Peter. Aber Ourmazd zieht die Karte nicht. Nach wie vor gebe es eine Chance für die Chipfabrik, betont er und stellt seinen neuen Finanzvorstand vor, den Headhunter bei Motorola abwarben. Mehr Geld soll nun in die Technik, weniger in Verwaltung und Gebäude investiert werden. 200 Millionen Dollar würden dadurch gespart, erklärt der Bauleiter. „Wir befinden uns in einer schwierigen Phase“, sagt Ourmazd. Vor allem die Negativ-Debatte schade dem Projekt.

Die Finanzierungslücke für das Chipprojekt entspricht dem Haushaltsdefizit, von dem das brandenburgische Finanzministerium bis dato für 2003 ausgegangen war. Gerade musste sie es um 150 Millionen Euro nach oben korrigieren. Auf 803 Millionen Euro. Rekordhöhe, schreiben die Zeitungen.

Das Land führt neben Sachsen-Anhalt die Liste der am höchsten verschuldeten Bundesländer an. Es gibt schon jetzt keinen Spielraum mehr in den öffentlichen Haushalten. Seit Monaten sind Haushaltssperren für Universitäten und andere öffentliche Einrichtungen verhängt. Kommunen drohen mit Klagen, wenn ihnen noch mehr gestrichen werde.

Kein guter Tag für Brandenburg. Am Kurs werde man dennoch festhalten, weitere Haushaltssperren von Januar an festlegen, noch mehr Schulden machen und die Diäten der Abgeordneten lieber doch nicht erhöhen. Das Thema Chipfabrik, wird im Landtag einvernehmlich diskutiert. Brandenburg hat deutschlandweit die kleinste Opposition, bestehend aus 22 PDS-Abgeordneten und 5 von der DVU. Regiert wird es von einer großen Koalition, seit der frühere Ministerpräsident Manfred Stolpe 1999 die absolute Mehrheit verloren hatte.

Da die DVU ignoriert wird, bleibt nur die PDS als Opposition. Die aber hat sich einem Kuschel-Kurs mit der Regierung verschrieben. Nicht als wirtschaftsfeindlicher Verhinderer, sondern als Partner tritt man auf. Alle wollen die Chipfabrik. Wer wollte da meckern? Burgfriede heißt das auch und soll die Fronten gegen den gemeinsamen Feind einen. Doch wo steht der Feind? Einer ist die Weltkonjunktur, das Zusammenbrechen der Chipmärkte. Der andere steht offenbar in den eigenen Reihen.

Die einsame Opponentin

Es ist die PDS-Abgeordnete Esther Schröder. Erst nach der Mittagspause, lange nach der aktuellen Stunde, darf sie reden. Gegen die Unterhaltungen der übrigen Abgeordneten kann sie sich nicht durchsetzen. Der Geräuschpegel ist eine Demonstration. Üblicherweise richtet sie sich gegen die Abgeordneten der rechtsgerichteten DVU. Doch selbst deren Beiträge erhalten Applaus von ihren Fraktionskollegen. Als Schröder fertig ist, klatscht keiner. Sie fordert einen Untersuchungsausschuss zur Chipfabrik und zum Rücktritt des Ministers.

Natürlich ist es Zufall, dass Schröder kürzlich aus der PDS-Fraktion ausgeschlossen wurde. Schröder hatte, auf Empfehlung aus Brandenburg, einen Posten als Staatssekretärin im Nachbarland Berlin angeboten bekommen. „Plötzlich war alles beschlossene Sache. Ich sollte weggelobt und kaltgestellt werden“, interpretiert sie selbst dieses Angebot und holt als Beleg für diese These einen Brief hervor, in dem der damalige CDU-Minister Fürniß den PDS-Fraktionschef Lothar Bisky auffordert, „mitzuhelfen“, dass das Land „keinen Schaden nimmt“, indem er etwas gegen die kritischen Einwürfe der Abgeordneten Schröder unternimmt, die das „Vertrauen in das Projekt“ und damit „die Zukunftschancen“ des Landes gefährden. Das hat er geschafft.

Das Angebot war nämlich an zwei Bedingungen geknüpft: Esther Schröder hätte ihr Landtagsmandat aufgeben und außerdem eine zweijährige

Probezeit akzeptieren müssen. Da keine Zugeständnisse aus Berlin kommen, eine kürzere Probezeit etwa oder die Verbeamtung, sagt sie die Stelle als Staatssekretärin ab und wird fortan als gierig verhöhnt. Eine solche Einstellung könne man in der Fraktion nicht brauchen, sagen die Genossen. Sie wird ausgeschlossen. Noch ist nicht klar, ob dieser Ausschluss überhaupt rechtmäßig war, doch bis auf weiteres hat sie viele Rechte im Landtag verloren. Sie schreibt weiter unermüdlich Anfragen, Anträge und sammelt Beweise für die Arbeit der Fraktion gegen sie. In der Mittagspause sitzt sie in ihrem Büro und erläutert ihre Anfrage, als der Redakteur einer örtlichen Zeitung hereinschaut. Ob sie damit rechne, dass ihr heutiger Antrag durchkomme, fragt er zweifelnd. „Wir werden sehen“, sagt sie und lächelt tapfer. Auf der gelben Tasse vor ihr steht „Bad Girl“. Dabei will sie nur das Beste: auch die Chipfabrik. Allerdings nicht um jeden Preis. Ihr Antrag wird abgelehnt. Sie geht schweigend auf ihren Platz. Die alten Rezepte funktionieren – noch immer.